

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
07/2016 (II)*



Liebe FreundInnen!

Vor der parlamentarischen Sommerpause ist der Nationalrat noch einmal zu einem dreitägigen Sitzungsmarathon zusammengekommen. Themen waren unter anderem der Brexit, die Ausbildungspflicht bis 18 und Ausnahmen bei der Registrierkassenpflicht.

Am Freitag stand zunächst nicht die Tagespolitik im Vordergrund. In einer sehr bewegenden Zeremonie haben wir in der Bundesversammlung unseren Bundespräsidenten Heinz Fischer verabschiedet. Bis zur Angelobung des neuen Staatsoberhauptes führt nun das Präsidium des Nationalrates unter Leitung von Doris Bures die Amtsgeschäfte des Bundespräsidenten.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL



Top Themen

Brexit ist das Ergebnis "verantwortungsloser Politik von Rechtspopulisten"

Scharfe Kritik an den Rechtspopulisten und ihrer verantwortungslosen Politik, die mit zum Brexit geführt hat, übte **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** im Nationalrat. Die **Kampagne wurde getragen "von falschen Versprechungen"**, das Ergebnis ist "ein Desaster für Großbritannien". In Richtung FPÖ, die eine "Öxit"-Kampagne losgetreten hat, sagte Schieder: "Das wäre ja wohl der schlechteste Dienst, wenn wir Österreich jetzt in dasselbe Chaos stürzen wie Großbritannien!" Jetzt gilt es, europapolitisch den Fokus auf das Wesentliche zu legen: Das heißt, für Wirtschaftswachstum zu sorgen, Investitionen zu fördern und die soziale Dimension der Europäischen Union auszubauen.



Zuvor hatte **Bundeskanzler Christian Kern** in einer Erklärung darauf hingewiesen, dass die Folgen des Brexit in Großbritannien "nicht die Eliten, sondern die Menschen, die hart arbeiten, ausbaden werden". Nicht nur in Großbritannien, auch in anderen europäischen Hauptstädten, werde die EU oft in unfaire Weise zum "Sündenbock" gemacht, aber auch in den EU-Institutionen regiere oft das politische "Klein-Klein". **"Es ist der Eindruck entstanden, dass eine Ideologie ein Projekt gekapert hat, die nicht den Interessen der Menschen dient, sondern die Interessen der Konzerne zum kategorischen Imperativ gemacht hat."** Klar ist für Kern bei aller Kritik: **"Nur gemeinsam sind wir in der Lage, die großen Herausforderungen von der Integration über Terrorbekämpfung bis zum Klimawandel zu lösen."**

Ausbildungspflicht bis 18



Ausbildungspflicht gibt Jugendlichen eine Chance -

Derzeit gibt es rund 16.000 junge Menschen zwischen 15 und 17 Jahren, die ihre Ausbildung abbrechen. Rund **5.000 Jugendliche** verlassen jährlich das Bildungssystem und bekommen keinen Abschluss, der über die Pflichtschule hinausgeht. **Wer nur Pflichtschulabschluss hat, wird aber dreimal leichter arbeitslos und viermal öfter Hilfsarbeiter.**

Mit der Ausbildungspflicht soll jeder Jugendliche in Österreich eine Berufsausbildung bekommen und einen guten Einstieg ins Berufsleben haben. Mit dem Ausbildungspflichtgesetz werden **Erziehungsberechtigte** dazu **verpflichtet**, dafür zu sorgen, dass Jugendliche **bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres** entweder eine Schule besuchen, eine Lehre absolvieren oder eine sonstige Ausbildung machen. Bei **Verstößen** gegen die Ausbildungspflicht drohen den Erziehungsberechtigten ab Juli 2018 **Geldstrafen**. Bis dahin soll es ein **ausreichendes Unterstützungsangebot und Ausbildungsplätze für Jugendliche geben**. Das Gesetz gilt für alle Jugendlichen, die mit Ende des Schuljahres 2016/17 bzw. danach ihre allgemeine Schulpflicht erfüllt haben.

AUSBILDUNGSPFLICHT BIS 18

Jugendlichen eine Perspektive geben!

Derzeit gibt es rund 16.000 Ausbildungsabbrecher im Alter von 15 bis 17 Jahren. Mit der Ausbildungspflicht wird diese Zahl Schritt für Schritt reduziert. Im ersten Jahr profitieren bereits 5.000 Jugendliche.



Arbeitslosigkeit reduzieren!



Wer nur einen Pflichtschulabschluss hat, wird dreimal leichter arbeitslos und viermal öfter Hilfsarbeiter.

Investition in Ausbildung zahlt sich aus!

Durch nachhaltig qualifizierte Beschäftigung kommt es zu mehr Steuereinnahmen und weniger Ausgaben für Arbeitslosengeld und andere Sozialleistungen.



Zur **Unterstützung jugendlicher AsylwerberInnen** wurde außerdem beschlossen, aussichtsreiche Asylverfahren zu beschleunigen und möglichst allen jugendlichen AsylwerberInnen die **Teilnahme an Deutschkursen zu ermöglichen**, wofür es bis Ende 2017 rund 27 Mio. Euro gibt.

Registrierkassen – Erleichterungen für kleine Betriebe und Vereine

UnternehmerInnen, die außerhalb ihrer festen Betriebsräume Umsätze erwirtschaften, die **unter 30.000 Euro** liegen, müssen keine Registrierkassen dafür verwenden. Das gilt auch für **Almhütten, Berghütten, Schi- und Schutzhütten**. Bei **Veranstaltungen und Festen** von Vereinen bzw. Körperschaften öffentlichen Rechts gilt, dass sie **bis zu 72 Stunden** (Veranstaltungsdauer) jährlich steuerfrei bleiben und ebenfalls **nicht** unter die **Registrierkassenpflicht** fallen. Auch auf Sport-Kantinen (wenn sie nur 52 mal im Jahr geöffnet haben) wurde Rücksicht genommen. Die Registrierkassenpflicht gilt für **politische Parteien**, wenn ihre **Einnahmen** bei Veranstaltungen von Bezirks- und Ortsorganisationen einen **Jahresumsatz von 15.000 Euro überschreiten**.

Pflegeausbildung NEU



"Pflegeausbildung Neu" wertet
Ausbildung der Pflegekräfte auf...

Die Pflegeausbildung wird neu organisiert. Das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz sieht eine **3-gliedrige Ausbildung im Bereich der Pflege** vor: Diplomierte **Gesundheits- und KrankenpflegerInnen** ("gehobener Dienst") werden künftig an Fachhochschulen ausgebildet. Neu eingeführt wird die **zweijährige Ausbildung zur Pflegefachassistenz**, die künftig der Entlastung des gehobenen Dienstes dienen soll. PflegefachassistentInnen sollen dann auch ohne Aufsicht genau festgelegte Tätigkeiten übernehmen können. Die bisherige **Pflegehilfe** wiederum **wird zur Pflegeassistenz aufgewertet** und die Ausbildung verbessert. Durch die Reform der Ausbildung in der Gesundheits- und Krankenpflege wird der Pflegeberuf aufgewertet und eine optimale Versorgung von PatientInnen sichergestellt.

NR-Sitzung vom 06. Juli 2016

Ausbildungspflichtgesetz ([1219 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse ([1220 d.B.](#))

Das Gesetzespaket regelt u.a. die Nachzahlungen von Bau-Unternehmen, die ihrer Meldepflicht nicht nachkommen und deren ArbeitnehmerInnen nicht von der Bauarbeiter-Urlauber- und Abfertigungskasse (BUAK) erfasst wurden. Die betroffenen ArbeitnehmerInnen werden rückwirkend in die BUAK aufgenommen

Errichtung der Bundesanstalt "KZ Gedenkstätte Mauthausen/Mauthausen Memorial" ([1228 d.B.](#))

Die derzeit vorwiegend als Mahnmal fungierende KZ-Gedenkstätte Mauthausen mit seinen Außenlagern wie Gusen wird in einen professionellen Museumsbetrieb mit umfassender Geschichtsvermittlung umgewandelt. Die Gedenkstätte wird aus dem Innenministerium ausgegliedert und als eine gemeinnützige Bundesanstalt geführt.



Mauthausen Memorial:
Österreich übernimmt

Sicherheitspolizeigesetz – Schutz von Frauen vor Gewalt ([1229 d.B.](#))

Die Reform des Sicherheitspolizeigesetzes bringt Fortschritte im Kampf gegen Gewalt an Frauen und gegen sexuelle Belästigung. Insgesamt bauen wir mit der Novelle Österreichs internationale Vorreiterrolle in Sachen Gewaltschutz weiter aus: Bei sexueller Belästigung im öffentlichen Raum oder häuslicher Gewalt gibt es künftig eine "Täterbelehrung" bei der Polizei, zu der der Täter verpflichtet werden kann. Wenn der Täter nicht zu dieser Belehrung erscheint, droht eine Verwaltungsstrafe. Das Ziel ist, dass man Tätern die Konsequenzen ihrer Tat noch einmal deutlich macht, aber auch über Beratungsmöglichkeiten informiert – z.B. wenn die Tat im Zusammenhang mit einer Suchterkrankung steht.

Außerdem weitet die Novelle die Befugnisse der Sicherheitsbehörden aus, um terroristisch, ideologisch oder religiös motivierte Straftaten verhindern zu können.

Bericht zum Nationalen Reformprogramm Österreich 2016 ([1202 d.B.](#))

Der Bericht zur Umsetzung von EU-Empfehlungen dokumentiert u.a. Fortschritte auf dem Weg Österreichs zur Erreichung der Europa 2020-Ziele. So lag bereits 2014 die Beschäftigungsquote mit 74,2 Prozent nahe am nationalen 75-Prozent-Ziel für 2020. Auch in Sachen Klimapolitik, Forschungs- und Entwicklungs-Investitionen oder Arbeitsbekämpfung ist Österreich nahe oder ganz am Ziel.

Frauenministerium ([1203 d.B.](#))

Die Eingliederung der Frauen-Agenden ins Gesundheitsministerium von Sabine Oberhauser führt zu budgetären Umschichtungen.

EU-Abgabenänderungsgesetz – Kampf gegen schädliche Steuerpraktiken ([1243 d.B.](#))

Mit der Novelle sollen u.a schädliche Steuerpraktiken internationaler Konzerne eingedämmt werden. Ziel ist mehr Transparenz über Gewinne und Steuern. Ab einem Gesamtjahresumsatz von 750 Mio. Euro besteht eine Dokumentationspflicht über die weltweite Verteilung der Erträge und Geschäftstätigkeiten von Unternehmen und Unternehmensgruppen. In Österreich ansässige Geschäftseinheiten (ab 50 Mio. € Umsatz in den letzten zwei Jahren) müssen ebenfalls ihre nationalen und internationalen Geschäftstätigkeiten und Verrechnungspreispolitik dokumentieren.

Ebenfalls Teil des EU-Abgabenänderungsgesetzes sind die Erleichterungen bei der Registrierkassenpflicht – s. Top-Themen.

Gewerbeordnung ([1244 d.B.](#))

Im Zusammenhang mit den Änderungen bei den Registrierkassen war auch eine Novelle der Gewerbeordnung notwendig.

Haftungsgesetz HETA ([1245 d.B.](#))

Das Gesetzespaket setzt budgetär den Vergleich zwischen Republik und den Gläubigern der Hypo-Abbaueinheit Heta um. Vorgesehen ist eine Barabfindungsquote von 75% des Nominales für Vorranggläubiger und 30% für Nachranggläubiger sowie eine Tauschoption dieser Papiere gegen Nullkupon-Anleihen mit Bundesgarantie.



Hypo: "Wer hat den Schaden verursacht und wer räumt den ..."

Börsegesetz – Strengere Strafen bei Marktmissbrauch ([1246 d.B.](#))

Mit einer Änderung des Börsegesetzes kann die Finanzmarktaufsicht künftig die Anonymität von "Whistleblowern", die Marktmissbrauchsfälle melden, schützen. Die Strafen bei Marktmissbrauch werden verschärft und die FMA wird verpflichtet, die Namen von Rechtsverletzern und die Art der Verstöße zu veröffentlichen.

Mehr Transparenz bei Wertpapiergeschäften ([1247 d.B.](#))

Das Gesetz bringt die Verpflichtung, die Finanzierung von Wertpapiergeschäften an das Transaktionsregister zu melden. Fonds müssen in ihren Berichten und vorvertraglichen Dokumenten künftig über die Nutzung von Finanzierungsgeschäften und Swaps informieren.

Mehr Rechtssicherheit im Grundstücksverkehr ([1225 d.B.](#))

Eine Bund-Länder-Vereinbarung bringt mehr Rechtssicherheit im Zusammenhang mit Baugrundstücken und den grundverkehrsrechtlichen Verfahren vor dem Hintergrund einer EU-Erbrechtsverordnung.

Konteneinschau startet ab 1. Oktober ([1226 d.B.](#))

Die für 1. August 2016 geplante Möglichkeit der Konteneinschau durch Gerichte wird auf 1. Oktober verschoben, weil die Kreditinstitute bis dahin Zeit haben, die entsprechenden Daten zu übermitteln.

NR-Sitzung vom 7. Juli 2016**Novelle des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes ([1240 d.B.](#)) – s. Top-Themen**

Im Zuge des Gesetzes, das v.a. die Pflegeausbildung neu regelt, wurden auch zwei Entschließungsanträge beschlossen: U.a. wird darin die Gesundheitsministerin er-sucht, eine zentrale Ansprechstelle (Hotline) für die Versicherten, die mit unange-messen langen Wartezeiten auf MRT-Untersuchungen konfrontiert sind, einzurich-ten. Außerdem soll es weitere Maßnahmen geben, damit die Vertragspartner eine umfassende Versorgung nachhaltig sicherstellen.

Tierärztegesetz – Neuregelung bei Honoraren ([1238 d.B.](#))

Aufgrund eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU wegen der Mindesttarife bei heimischen Tierärzthonoraren wird die Honorarordnung geändert. Die Tierärzte-kammer kann künftig ihren Mitgliedern keine Mindesttarife vorschreiben, aber Re-geln hinsichtlich der Grundsätze der Rechnungslegung (Honorarnoten, Steuerpflich-ten etc.) festlegen sowie Richtsätze für tierärztliche Leistungen als Empfehlung ab-geben.

Register für Gesundheitsberufe ([1239 d.B.](#))

In einem öffentlich zugänglichen Register für Gesundheitsberufe werden in Zukunft die Angehörigen der betroffenen Berufsgruppen eingetragen und erhalten damit auch einen offiziellen Berufsausweis.

Epidemie-Prävention ([1230 d.B.](#))

Geändert werden die Regelungen gegen die Verbreitung von Epidemien. So werden u.a. Chikungunya-Fieber, Dengue-Fieber, Zika-Virus-Infektionen und Hanta-Virus-Infektionen meldepflichtig.

Dienstrechtsnovelle – Verbesserungen u.a. für PolizistInnen ([1195 d.B.](#))

Die Dienstrechtsnovelle 2016 bringt eine Reihe von neuen Detailregelungen für Be-
dienstete im öffentlichen Dienst. Unter anderem gibt es Verbesserungen für Polizis-
tInnen: Die "akute psychische Belastungsreaktion" wird ein Dienstverhinderungs-
grund; in diesem Fall ruhen auch nicht die pauschalierten Nebengebühren. Weitere
Änderung: Für Vertragsbedienstete werden Verwendungsbezeichnungen geschaf-
fen, die denen von BeamtInnen entsprechen (z.B. Hofrat). Außerdem können Richt-
erInnen, die in Karenz sind, künftig durch SprengelrichterInnen vertreten werden.

Führerscheingesetz ([1210 d.B.](#))

Künftig dürfen auch Autofahrer-Clubs Perfektionskurse mit Motorrädern sowie Auf-
stiegsschulungen für die Führerscheinklasse A anbieten – bisher konnten das nur
Fahrschulen. Aufgrund einer drohenden Klage der EU-Kommission wurde die Be-
rechtigung, unbesetzte Omnibusse mit einer Lenkberechtigung für die Klasse C zu
lenken, aufgehoben.

Automatisiertes Fahren ([1211 d.B.](#))

Die Novelle des Kraftfahrzeuggesetzes schafft die rechtliche Grundlage, damit automati-
sierte Fahrsysteme und bestimmte Assistenzsysteme auf öffentlichen Straßen ge-
nutzt bzw. getestet werden können – der erste Schritt zum Test mit selbstfahrenden
Autos.

Luftfahrtgesetz ([1212 d.B.](#))

Die Novelle vereinfacht die Bewilligungen für die Abflüge und Landungen außerhalb
von genehmigten Flugplätzen, beispielsweise bei Flügen zur Tierkadaverbeseitigung
in den Bergen oder Lawinenbeobachtungen.

Kraftfahrliniengesetz ([1214 d.B.](#))

Die Novelle enthält ausschließlich redaktionelle Änderungen.

Änderungen beim Patentamt ([1204 d.B.](#))

Es kommt zu organisatorischen Änderungen beim Patentamt: Die bisherige Trennung in einen hoheitsrechtlichen und teilrechtsfähigen Bereich, die zu einem Mehraufwand geführt hat, wird aufgehoben.

Keine Patentierung von Pflanzen und Tieren ([1205 d.B.](#))

In einem Entschließungsantrag wird die Regierung aufgefordert, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass auch Pflanzen und Tiere, die ausschließlich durch "im wesentlichen biologische Verfahren" gewonnen werden, nicht patentiert werden können.

Rundfunkgebührenbefreiung ([1206 d.B.](#) + [1207 d.B.](#))

Die Gesetzesänderung folgt einem Urteil des Verfassungsgerichtshofes betreffend die Befreiung von den Rundfunkgebühren: Die absetzbaren Wohnungskosten werden neu festgelegt. Für Wohnformen, die nicht mieterschützenden Gesetzen unterliegen, wird ein Wohnaufwand von 140 Euro pauschal als abzugsfähig festgelegt.

Forschungsprämie ([1208 d.B.](#))

In diesem Antrag ersuchen alle sechs Parlamentsparteien die Bundesregierung, die bereits geplante Evaluierung der Forschungsprämie (indirekte Forschungsförderung) bis 2017 durchzuführen.

Bericht der Volksanwaltschaft ([1180 d.B.](#))

17.732 Beschwerden wurden 2015 an die Volksanwaltschaft herangetragen, um 2.417 weniger als im Jahr davor. Die meisten Beschwerden betrafen die Bereiche Innere Sicherheit und Sozialsystem. In 48 Prozent wurde ein Prüfverfahren eingeleitet. 7.850 dieser Verfahren wurden abgeschlossen und davon bei 18 Prozent Missstände festgestellt.

Anhaltezentrum Vordernberg ([1181 d.B.](#))

Die Volksanwaltschaft hat das Anhaltezentrum Vordernberg geprüft: Bemängelt wurden vor allem das Fehlen rechtlicher Grundlagen für das hoheitliche Agieren einer privaten Sicherheitsfirma.

NR-Sitzung vom 8. Juli 2016

Österreich ratifiziert Klimaschutzabkommen von Paris ([1198 d.B.](#))

Österreich ist damit eines der ersten Länder, die das Klimaschutzabkommen ratifizieren. Die Erderwärmung soll möglichst auf 1,5 Grad Celsius, jedenfalls aber auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden, die Emission von Klimagasen soll bis 2050 netto auf null gesenkt werden.

Im Juli kommt dann der Vorschlag der EU-Kommission, wie sich die Klimaziele auf die Mitgliedsstaaten aufteilen sollen. Sozial-, Infrastruktur-, Wirtschafts- und Umweltministerium arbeiten an einer integrierten Klima- und Energiestrategie. Für die SPÖ ist wichtig: die sozialen Auswirkungen und Beschäftigungs- sowie Wirtschaftsaspekte zu analysieren und grüne Technologien als Jobmotor zu nutzen. Der Fokus sollte auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien liegen.

Einschreiten gegen Laufzeitverlängerung von AKW ([1199 d.B.](#))

In einem einstimmig angenommenen Entschließungsantrag wird die Regierung aufgefordert, sich gegen die Laufzeitverlängerung vor allem für grenznahe AKW einzusetzen.

Keine Atomkraft-Förderungen aus Mitteln der EU ([1200 d.B.](#))

Die FPÖ forderte im Umweltausschuss, dass keine Mittel der EU für die Forschung zur Atomkraft Nachdem jedoch Forschungen im Bereich Atomausstieg und Verbesserungen der Sicherheitstechnik sinnvoll sind, fand der Antrag in dieser Form keine Mehrheit.

Untersuchung der seismologischen und geologischen Situation des AKW Krško ([1201 d.B.](#))

Eine Untersuchung dieses AKWs findet bereits statt. Daher wurde ein Antrag eingebracht und angenommen, der die Bundesregierung und insbesondere den Umweltminister auffordert, auf nationaler, bilateraler und EU-Ebene alle notwendigen politischen und diplomatischen Schritte zu setzen, um zu erreichen, dass die Untersuchung fortgesetzt wird.

Weitere Themen

"Zentralmatura ist der richtige Weg"

Die Vorteile der Zentralmatura lobte Bildungsministerin Sonja Hammerschmid in einer "Aktuellen Stunde" des Nationalrats: "Mit der Zentralmatura haben wir ein System, das fair ist und Vergleichbarkeit bringt." Die Zentralmatura liefert Daten und Fakten und die Möglichkeit, Resultate bis hin in einzelne Klassen auszuwerten. Die teilweise schlechten Ergebnisse der schriftlichen Mathe-Matura wird man sich anschauen, aber insgesamt sind die Ergebnisse (Deutsch 99% positiv, Englisch 96,7%, Mathe 93,8%) im internationalen Vergleich sehr gut – international sind durchschnittlich 90 Prozent positiv. Wo es noch hakt, wird die Schulaufsicht gemeinsam mit PädagogInnen an Verbesserungen arbeiten und Fortbildungen für LehrerInnen und Förderkurse anbieten.

Auch SPÖ-Bildungssprecherin Elisabeth Grossmann sieht vor allem Vorteile durch die Zentralmatura: "Es gibt mehr Fairness für Maturantinnen und Maturanten, weil die Fragestellungen und der Beurteilungsschlüssel einheitlich und professionell erstellt sind", so Grossmann.



Schulangst, Prüfungsstress und Zentralmatura - Elisabeth

Verabschiedung unseres Bundespräsidenten Heinz Fischer

Am Freitag **endete** die zwölfjährige **Amtszeit Heinz Fischers als Bundespräsident** der Republik Österreich. Im alten Sitzungssaal des Reichsrats fanden sich **Nationalrat und Bundesrat zur Bundesversammlung** zusammen, um **Fischer feierlich zu verabschieden**. Neben Reden von Nationalratspräsidentin Doris Boris, Bundesratspräsident Mario Lindner und Musik der Wiener Philharmoniker richtete sich auch Heinz Fischer in einer letzten Ansprache als Bundespräsident an Österreicherinnen und Österreicher.



HEINZ FISCHER
DANKE FÜR ZWÖLF JAHRE!

Im Namen des SPÖ-Parlamentsklubs sprach **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** dem scheidenden Bundespräsidenten seinen **außerordentlichen Dank für dessen politisches Wirken und seine besonnene und kluge Amtsführung** aus. "Heinz Fischer hat sein politisches Engagement Zeit seines Lebens in den Dienst der Demokratie und der demokratischen Einrichtungen unseres Landes gestellt. Er war für Österreich ein hervorragender Präsident. In den zwölf Jahren seiner Amtszeit hat er bewiesen, wie man Österreich bestens nach außen vertreten und für die Menschen im Land ein Ansprechpartner sein kann."

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L



Fischer: Bundespräsident muss in schwierigen Situationen stabilisierend wirken

In seiner Abschiedsrede vor Abgeordneten, Regierungsmitgliedern und Gästen aus Politik, Wirtschaft und Kultur wies Fischer heute auf die **Bedeutung der Kompetenzen des Bundespräsidenten sowie einer Amtsführung mit demokratischem Augenmaß** hin:

"Der Bundespräsident ist von der Bundesverfassung mit einer Reihe von Machtbefugnissen ausgestattet, um auch **in sehr schwierigen und kritischen Situationen ordnend und stabilisierend in das politische Geschehen zum Wohle der Allgemeinheit eingreifen** zu können. Wenn von manchen dieser Befugnisse seit Beginn der Zweiten Republik kein Gebrauch gemacht werden musste, spricht das nicht gegen die Verfassung, sondern **für die Reife und Stabilität unseres politischen Systems und auch für das Augenmaß der vom Volk gewählten Bundespräsidenten.**"



Nationalratspräsidentin Bures: "Anker der Stabilität und der Menschlichkeit"

Als "**moralische Autorität**" und "**Anker der Stabilität und der Menschlichkeit**" würdigte **Nationalratspräsidentin Doris Bures** den scheidenden Präsidenten in ihrer Rede. Heinz Fischer hat es verstanden, "den Menschen Orientierung und Zuversicht, ein Gefühl der Sicherheit zu geben. Er hat die Nähe der Menschen gesucht und mit seiner Offenheit und Wärme auch deren Herzen erreicht."



Bundesratspräsident Lindner: Fischer ist als Politiker und Mensch ein Vorbild

Bundesratspräsident Mario Lindner verabschiedete sich von Fischer als "**Vorbild – sowohl als Politiker als auch als Mensch**". "Wir verneigen uns heute nicht nur vor einem großen Staatsmann, der die Zweite Republik in vielen unterschiedlichen Funktionen geprägt hat. **Wir verneigen uns heute vor allem vor einem Demokraten, der uns den Wert und die Notwendigkeit von Demokratie immer wieder nahegebracht hat.**"



Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen: Brexit ein „Weckruf“ – „Jetzt volle Konzentration auf Reformprozess“](#)
24.06.2016

[Muttonen: "Österreichs Wahlsystem gehört zu den besten" - DiePresse.com](#)
08.07.2016

[OSZE-Parlamentarierin Muttonen: Wahlbeobachter sind kein Imageverlust - Der-Standard.at](#) 08.07.2016

APA-Meldungen

APA0101 5 II 0390 AI

Fr, 08.Jul 2016

BP-Wahl/Staatsoberhaupt/Politisches System/OSZE/Österreich/Wien

OSZE-"Präsidentin" Muttonen: Wahlbeobachter für alle ein Gewinn

Utl.: SPÖ-Politikerin als zweite Frau an Spitze der Internationalen
Organisation =

Wien (APA) - Die neue Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des OSZE, die SPÖ-Abgeordnete Christine Muttonen, kann einem Einsatz von OSZE-Wahlbeobachtern bei der Wiederholung der Bundespräsidentenstichwahl im Herbst viel abgewinnen. "Wahlbeobachter sind für alle Länder ein Gewinn", sagte sie im Gespräch mit der APA.

Die Wahlbeobachtung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) funktioniere auf zwei Ebenen: Erstens sei sie ein "Instrument von jungen Demokratien" zur Beobachtung von Wahlen. Sie sei aber auch ein "Instrument des gegenseitigen Lernens". Wahlbeobachter könnten nämlich ihre Expertise einbringen, um etwa "das System bei der Briefwahl zu verbessern" oder bei "elektronischen Wahlmöglichkeiten". Dies gäbe die Chance, "unsere Demokratie weiterzuentwickeln".

Einen Imageverlust für Österreich durch einen Einsatz fürchtet sie "keineswegs": Es sei "von allen anerkannt, dass das österreichische Wahlsystem zu den besten gehört", sagte Muttonen. Auch habe die Reaktion auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) gezeigt, dass das "Rechtssystem funktioniert". Dies sei "mit Respekt aufgenommen worden".

Muttonen ist am Dienstag zur Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung (PA) gewählt worden. Seit der Gründung der PA 1991 ist Muttonen die zweite Frau, die das Amt innehat. Das Thema Frauen ist ihr ein wichtiges Anliegen. Muttonen verwies auf die mangelnde Implementierung der UNO-Resolution 1325 für einen stärkeren Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten und ihre Einbindung in Friedensprozesse. In diesem Bereich wolle sie etwas tun.

Die PA sei ein Gremium, das in Fragen der Mediation in Konflikten sowie als "Mittel der Frühwarnung" sehr effektiv sei. Parlamentarier könnten viel freier und ungebundener Dinge angehen als Regierungen. Also konkrete Beispiele nannte sie Workshops zur Vertrauensbildung in Krisenregionen wie der Ukraine oder Nagorny-Karabach (Berg-Karabach). Auch die Expertise der "field missions", also der Beobachtungsmissionen in den Regionen, wolle sie stärker nutzen und den Dialog mit ähnlichen Organisationen außerhalb des OSZE-Raums, etwa der Shanghai Cooperation (SCO), forcieren.

Ab 2017, wenn Österreich den Vorsitz über den OSZE-Ministerrat übernimmt, wird Muttonen mit Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) "gut" zusammenarbeiten, kündigte sie an. Schon jetzt stünde sie ständig in Kontakt mit dem Außenministerium. Österreich werde als "Brücke wahrgenommen", sagte sie. Im Ukraine-Konflikt etwa sei Österreich ein Land, dass sowohl mit Kiew als auch mit Moskau gute Beziehungen habe.

(Schluss) ade/ks

APA0218 5 II 0103 AI Siehe APA0101/08.07 Fr, 08.Jul 2016

BP-Wahl/Staatsoberhaupt/Politisches System/OSZE/Österreich/Wien

OSZE-"Präsidentin" Muttonen 2 - Wahlbeobachter "nicht notwendig"

Utl.: SPÖ-Abgeordnete: Expertise der OSZE kann auch ohne Beobachtermission genutzt werden =

Wien (APA) - Die SPÖ-Abgeordnete und neue Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Christine Muttonen, hat klargestellt, dass sie Beobachter der Organisation bei der Bundespräsidentenstichwahl in Österreich für "nicht notwendig" hält. Wahlbeobachter könnten zwar ihre Expertise einbringen, um etwa "das System bei der Briefwahl zu verbessern" oder jenes der "elektronischen Wahlmöglichkeiten".

Diese Expertise der OSZE könne aber jederzeit auch ohne konkrete Wahlbeobachtungsmission genutzt werden, betonte Muttonen am Freitag gegenüber der APA.

(Schluss) ade/fat/ar

Jahrestagung der OSZE-PV: "Vertrauen schaffen durch Dialog"



Die Jahrestagung fand in diesem Jahr in der georgischen Hauptstadt Tiflis statt. Das Motto lautete "25 Jahre parlamentarische Zusammenarbeit. Vertrauen schaffen durch Dialog".

[Neben meiner Wahl zur neuen Präsidentin der Versammlung](#) war die Tagung auch in-

haltlich ein Erfolg für die österreichische Delegation.

Im Mittelpunkt stand in diesem Jahr die Tiflis-Deklaration – die von den Parlamentariern am vergangenen Dienstag mit breiter Mehrheit verabschiedet wurde. Sie enthält zahlreiche Vorschläge und Forderungen an die Regierungen der OSZE-Mitgliedstaaten, etwa im Bereich der Terrorismusbekämpfung, zur Bewältigung der Ukrainekrise, im Kampf gegen Korruption und Klimawandel und für den Umgang mit Migrations- und Fluchtbewegungen.

Besonders stolz bin ich darauf, dass es der österreichischen Delegation durch Ergänzungsanträge erneut gelungen ist, auch das Thema nukleare Abrüstung in dem Abschlussdokument unterzubringen, gegen den Widerstand vieler Nato-Staaten. Auch eine eindeutige Positionierung gegen die weitere Verwendung von Streumunition und Antipersonenminen und für einen besseren Schutz von Zivilisten gegen Explosivwaffen konnten wir in die Deklaration hineinverhandeln.

Wer sich die Deklaration (leider nur auf Englisch, Französisch oder Russisch) im Detail ansehen möchte, findet sie unter diesem [Link](#) auf der Seite der OSZE-PV. Hier findet ihr auch weitere Berichte, Reden, Fotos und Videos der Tagung, etwa mein Bericht als Sonderbeauftragte für Zentral- und Ostasien und die Rede des deutschen Außenministers und aktuellen OSZE-Vorsitzenden Steinmeier.

Podiumsdiskussion: Die parlamentarische Dimension der OSZE

Im Vorfeld der Jahrestagung der OSZE-PV in Tiflis habe ich an einer Diskussionsveranstaltung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in der georgischen Hauptstadt teilgenommen. Dabei ging es um die Frage, welche Rolle die Parlamentarische Versammlung innerhalb der gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation bei der Lösung der aktuellen Krisen spielen kann.

In meinem Beitrag habe ich die Stärken der OSZE-PV unterstrichen. Dazu gehört etwa die Möglichkeit die Abgeordneten von Konfliktstaaten für deeskalierende Gespräche zusammenzubringen, wie dies aktuell in der Russland-Ukraine-Verbindungsgruppe geschieht. Um die Potentiale der OSZE-PV noch besser für die Friedenssicherung in Europa nutzen zu können, habe ich mit Blick auf den anstehenden österreichischen OSZE-Vorsitz zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung und dem OSZE-Ministerrat geraten.

Diskussionsrunde: Nukleare Spannungen reduzieren und Abrüstungsverhandlungen unterstützen.

Auf mein Betreiben hin fand auf der Jahrestagung der OSZE-PV auch in diesem Jahr wieder eine Diskussionsrunde zur nuklearen Abrüstung statt. Als Mitorganisatoren konnten wir in diesem Jahr die kanadische und die schweizerische Delegation gewinnen. Mit der Veranstaltung wollten wir die ParlamentarierInnen darauf aufmerksam machen, dass aufgrund der Krisen in Europa und dem arabischen Raum die Gefahr einer Aufrüstung, Verbreitung und sogar Anwendung von Atomwaffen massiv gestiegen ist. Gleichzeitig haben wir auf die von den UN frisch eingerichteten Arbeitsgruppe zur nuklearen Abrüstung hingewiesen und dafür geworben dieses sinnvolle Projekt zu unterstützen.

Europarat: No hate no fear



Auf ihrer Sitzung vom 20. und 21. Juni hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates eine neue Initiative zum Kampf gegen den Terrorismus gestartet. Dabei geht es vor allem auch darum, zu verhindern, dass der Terror sein Hauptziel erreicht: Hass, Misstrauen und Feindseligkeit zwischen Menschen, Ländern sozialen und religiösen Gemeinschaften zu stiften. Den Kampf gegen den Terrorismus können wir nur gemeinsam gewinnen und es ist wichtig, dass wir dabei unsere

Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nicht opfern, sondern verteidigen.

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at